

Straffer Zeitplan für Kita

Langgöns strebt Containerlösung als Provisorium an

Langgöns (bf). Im Kernort Lang-Göns soll eine neue Kita zeitnah entstehen. Der Sozialausschuss besichtigte daher nun die von der Johanniter-Unfallhilfe betriebene »Kita Ritternest« in Alten-Buseck. Sie ist in Containern untergebracht. Für Lang-Göns könnten die Johanniter kurzfristig eine vergleichbare Container-Anlage zur Verfügung stellen.

»Mit einem guten halben Jahr Vorlauf könnte der 1. Januar 2024 ein sportliches Ziel sein, deshalb sind wir von der Containerlösung überzeugt, um dann in Ruhe nach einem schönen Standort für einen Neubau suchen zu können«, sagte Bürgermeister Marius Reusch.

Johanniter-Regionalvorstand Marco Schulte-Lünzum, Dominik Panz vom Bereich Betriebswirtschaft und Kita-Chefin Xira Tröller führten die Langgön-

ser durch die Einrichtung. Die Räume sind solide gebaut und durchweg ansprechend und einladend eingerichtet. Auf fast 400 Quadratmetern können bis zu 62 Kinder betreut werden. Es gibt drei Gruppenräume, zwei davon sind altersgemischt, eine Krippengruppe ist für Kinder ab zehn Monaten eingerichtet.

Beschluss im Juli

Im Sommer gibt es im »Ritternest« keine Schließzeiten, lediglich an acht Tagen inklusive pädagogischer Tage und Brückentage ist die Kita zu. Die Einrichtung und der Betrieb werden durch einen Gebäudebetriebskostenzuschuss der Gemeinde Buseck finanziert. Alles laufe sehr gut, die Personalbeschaffung sei problemlos verlaufen, wobei – wie Schulte-Lünzum betonte – die

Mitarbeiter von außerhalb angeworben wurden. Sie werden ähnlich vergütet wie in den kommunalen Kitas. Auf die Frage, wie denn die Eltern auf die Container-Lösung reagiert hätten, sagte Xira Tröller: »Sie waren dankbar und hatten nach der Besichtigung gar kein Problem.«

Schulte-Lünzum informierte über die Kosten inklusive Auf- und Abbau: bei zweijähriger Nutzung belaufen sie sich auf 560 500 Euro für Miete und Nebenkosten, bei drei Jahren sind 703 250 Euro fällig, vier Jahre kosten 846 000 Euro. Ein möglicher Standort könnte nahe des Bürgerhauses sein.

Am 17. Juli soll per Zoom-Sondersitzung eine Beschlussempfehlung vereinbart werden, um dann noch rechtzeitig vor der Sommerpause in der Parlamentssitzung am 20. Juli den Beschluss zu fassen.